



FLAGGSCHIFF



4

Gedenkstätte Berliner Mauer

Metallenes Modell der Berliner Mauer wird vorgestellt und getestet

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

spät kommt es, das erste Heft des Jahrgangs 2011. Doch hoffe ich, dass es trotzdem Ihren Zuspruch findet. Zum einen lag das verspätete Erscheinen daran, dass meine wiederholten Bitten um Beiträge so gut wie ungehört verhallt sind. Zum anderen mussten wir aus Gründen der Finanzierungssicherheit erst einmal die Bewilligung unserer Projektanträge bei den gesetzlichen Krankenkassen abwarten. Und dann gibt es ja noch das Problem mit der großen Belastung durch andere Aufgaben ...



Nun, das Geld ist da. Vielen Dank dafür! Warum die privaten Krankenkassen immer noch nicht herangezogen werden, wird wohl noch weiter im Mysterium der freien Marktwirtschaft verborgen bleiben. Eine momentane Flaute bei der Belastung habe ich ausgenutzt, dieses Heftchen zu produzieren.

Aufmerksame Leserinnen und Leser werden feststellen, dass vor allem eine Person mit ihren Beiträgen das Heft gefüllt und damit gerettet hat: Es ist unser treuer und unheimlich fleißiger Autor Dr. Rudolf Turber, den wir hiermit ehrenhalber zum korrespondierenden Mitglied der Redaktion ernennen. Zu seinem Fleiß kommt hinzu, dass er keinen Cent nimmt. Dafür vielen Dank, Rudi!

Das späte Erscheinen bringt es mit sich, dass wir gleich drei Berichte aus dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderung veröffentlichen. Sie konnten zwar schon im Internet und in der „Berliner Behindertenzeitung“ nachgelesen werden, aber es soll ja immer noch Menschen geben, die zu diesen beiden Medien keinen Zugang haben ...

Ihr besonderes Augenmerk möchte ich auf die Einladung zur Wählerversammlung am 25. August lenken (S. 18). Die Antwort auf die gemeinsamen Wahlprüfsteine habe ich zum 31. Juli terminiert, so dass ich wahrscheinlich allein damit das nächste Heft unseres „FLAGGSCHIFFs“ bestreiten könnte. Ich werde mir jedenfalls größte Mühe geben, damit Ihnen die Antworten der Parteien noch vor der Wählerversammlung vorliegen und Sie sachkundig und gezielt Ihre Fragen stellen können.

Auf den Seiten 22 und 23 wird von einem schönen Erfolg der Angehörigenvereine behinderter Menschen berichtet. Ich beabsichtige, der Mitgliederversammlung der LV Selbsthilfe im kommenden Herbst den Antrag vorzulegen, dass auch unser Dachverband der „Gemeinsamen Erklärung“ zur Umstellungsbegutachtung beitreten möge.

Ein bemerkenswertes Projekt zur Herstellung von Barrierefreiheit in Film, Fernsehen und Internet wird ebenso vorgestellt wie vier recht lesenswerte Bücher.

Und so hoffe ich, dass Sie über der interessanten Lektüre Ihren möglichen Gram über das verspätete Erscheinen vergessen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Hartwig Eisel

Editorial

Der Vorsitzende Hartwig Eisel zur aktuellen Ausgabe	2
---	---

Behindertenpolitik

Landesbeirat für Menschen mit Behinderung I	4
Landesbeirat für Menschen mit Behinderung II	6
Landesbeirat für Menschen mit Behinderung III	8
Garten der Erinnerung	11
Sie waren die ersten Opfer des Massenmordes: behinderte Menschen	13
Wichtiges Handbuch für Abgeordnete	14
Prominenter Besuch im Kleisthaus zur Eröffnung der Kampagne „Deutschland wird inklusiv – wir sind dabei!“	16

Aus der LV Selbsthilfe Berlin

Dank für Spenden	18
Einladung zur Wählerversammlung	18

Aus den Mitgliedsvereinen

Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer	19
Die Zukunft der stationären Behindertenhilfe	20
Geballte Elternpower erkämpft Zugeständnisse der Senatsverwaltung	22
Gemeinsame Erklärung	23

Wissenswertes

Barrierefreiheit bei audiovisuellen Medien. Ein neuer Weg	24
Buchbesprechungen: Mehr als eine Rezeptsammlung	27
Schmerzhafte Bewegungen	27
Nicht nur für Gourmets	28
Ein aktuelles Thema: zweierlei Maß?	29

Impressum	31
------------------------	----

LANDESBEIRAT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG I

Informationen von der vierten Sitzung der 3. Amtsperiode.

12. Januar 2011, Rotes Rathaus

Der Vorsitzende informierte den Beirat, dass die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales auf die Resolution der letzten Beiratssitzung hin einen Gesprächstermin zu unklaren Aspekten der so genannten Umstellungsbegutachtung angeboten, aber aus Termingründen wieder abgesagt hatte. Die Neueinstufung des Hilfebedarfs der in stationären Einrichtungen der Berliner Behindertenhilfe lebenden Menschen stößt auf massive Kritik. Gegen ergangene Bescheide sind bereits 1000 Widersprüche eingelegt worden. Eine Klageflut wie bei Hartz IV deutet sich an. Es wird darauf gedrungen, dass der Gesprächstermin bald nachgeholt wird.

In seinem aktuellen Bericht ging der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Herr Dr. Schneider, zunächst auf seine Bemühungen um das Gaststättengesetz ein, das nach der Föderalismusreform jetzt auf Landesebene neu formuliert werden muss. Für ihn kommt es dabei darauf an, dass Senat und Abgeordnetenhaus dem Geist und Buchstaben der UN-Behindertenrechtskonvention dahingehend folgen, dass sämtliche Gaststätten, die neu in Betrieb genommen werden (erste Inbetriebnahme), auch tatsächlich barrierefrei sein müssen.

Bei dem aktuell diskutierten Konzept „Inklusive Schule“ steht zu befürchten, dass für drei Viertel der bisher geförderten Schüler ein sonderpädagogischer Förderbedarf möglicherweise in Zukunft nicht mehr formell festgestellt wird. Da-

von wären gegebenenfalls Schüler aus den Förderschwerpunkten „Lernen“, „emotionale und soziale Entwicklung“ und „Sprache“ betroffen.

Auch die laufenden Verhandlungen um den Rundfunk-Änderungsstaatsvertrag zeigen, wie wenig die UN-Konvention in der allgemeinen politischen Wahrnehmung angekommen ist. Die Menschen mit Behinderung werden bei diesen Verhandlungen weder thematisch noch bei barrierefreien Angeboten ihrem Anteil an der Gesellschaft entsprechend berücksichtigt.

Erfreulich ist dagegen, dass sich die Landeswahlleiterin ernsthaft des Themas barrierefreie Wahllokale annimmt. In der anschließenden Diskussion wurden unter anderem die für viele wieder inakzeptablen Zustände auf den Berliner Gehwegen bei Winterwetter beanstandet, insbesondere an den Straßenübergängen und an den Bushaltestellen.

Im Rahmen der Berichte aus den internen Arbeitsgruppen des Landesbeirats wurde aus der AG Persönliche Assistenz Positives über Gespräche mit dem Finanzsenator zur Vergütung der Assistentinnen bzw. Assistenten berichtet. Auch Herr Dr. Nußbaum hat offenbar erkannt, dass sich bei den niedrigen Löhnen kaum noch Assistenten finden lassen und dass sich die Entlohnung noch verschlechtert, je mehr Stunden bei dem einzelnen Assistenznehmer notwendig sind. So hat der Senator Unterstützung im Hinblick auf eine Erhöhung der Vergütung zugesagt.



Blick ins Plenum der Landesbeiratssitzung vom 12. Januar 2011

FOTO: WEINECK

Durch den Bericht des Arbeitskreises Barrierefreies Gesundheitswesen wurde das Thema Versorgung und Behandlung von schwerbehinderten, insbesondere von assistenzbedürftigen Menschen in Krankenhäusern angesprochen. Beschlossen wurde deshalb, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Landesbeirats zu behandeln.

Aus der AG Gebärdensprache und Kommunikation Hörgeschädigter wurde beklagt, dass beim rbb kaum eine Verbesserung des Untertitelangebots zu erkennen ist. Die Berliner Feuerwehr beabsichtigt, über das Notruf-Fax hinaus einen web- und sms-basierten Notruf einzurichten.

Für die Jahresplanung des Landesbeirats 2011 wurden wichtige Themen

gesammelt und dafür Schwerpunkte gesetzt. Im Hinblick auf die Erarbeitung von Wahlprüfsteinen für die Abgeordnetenhauswahl im September 2011 kam das Gremium überein, die Fragestellung konsequent an der UN-Behindertenrechtskonvention auszurichten und die Antworten der Parteien daran zu messen. Auch in der interministeriellen Arbeitsgruppe, die auf Landesebene die Umsetzung der UN-Konvention konkretisieren soll, sind die dort vertretenen Beiratsmitglieder aufgefordert, möglichst detailliert die Gesetze und untergesetzlichen Regelungen hinsichtlich ihres Änderungsbedarfs zu überprüfen.

Ein Antrag der Rheuma-Liga auf Änderung der Nutzungssatzung der Berliner Bäderbetriebe wurde abgeändert.

Es handelt sich darum, dass auch die Angebote von Organisationen der Menschen mit Behinderung, die einer verbesserten Mobilität dienen (z. B. Wassergymnastik), in den Katalog der geförderten Sportarten aufgenommen werden. Die Nutzungssatzung war 2005 und 2010 modifiziert worden, ohne dass der Aufsichtsrat der Berliner Bäderbetriebe die entsprechenden Wünsche des Landesbeirats berücksichtigt hätte. Diese Änderung nachträglich durchzusetzen erscheint wenig erfolgversprechend. Deshalb soll von der Möglichkeit nach § 2 Abs. 3 der Nutzungssatzung Gebrauch gemacht werden, dass der für Sport zuständige Senator solche

Programme per Einzelfallentscheidung zulässt. Ihm soll zu diesem Zweck eine Liste der infrage kommenden Organisationen übergeben werden. Unabhängig davon soll eine dauerhafte Lösung in den Katalog der noch auf Grundlage der UN-Konvention zu verändernden Normen und Gesetze aufgenommen werden.

Beschlossen wurde schließlich noch, das über Weihnachten aufgetretene „Oberchaos“ beim Sonderfahrdienst schriftlich zu kritisieren und mit persönlichen Erfahrungsberichten einzelner Nutzer öffentlichen Druck zu erzeugen, damit mehr Fahrzeuge eingesetzt werden.

LANDESBEIRAT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG II

*Informationen von der fünften Sitzung der 3. Amtsperiode.
2. März 2011, Rotes Rathaus*

Der Landesbeirat hatte sich für die 5. Sitzung seiner Amtsperiode zwei wichtige „Baustellen“ vorgenommen. Eine betraf die Kritik an der Arbeit des Versorgungsamtes, die zweite den Stand der Umsetzung der Pflegestützpunkte in Berlin.

Nicht erst in jüngster Zeit gibt es immer wieder Beschwerden über die Arbeit des Versorgungsamtes beim Landesamt für Gesundheit und Soziales. Bearbeitungszeiten von einem Jahr und länger, Verschleppung der Anerkennung bei lebensbedrohlich erkrankten Menschen und vieles mehr ... Statt des geladenen Präsidenten des LaGeSo erschien der Leiter des Versorgungsamtes, Herr Kitzerow, mit einer leitenden Mitarbeiterin. Mit wenig überzeugenden Begründungen versuchten die Gäste zu erklären,

warum es zu Engpässen kommt: Angeblich seien die eingereichten Unterlagen nicht immer vollständig, die Hausärzte lieferten nicht rechtzeitig die Befunde, es gäbe wegen der vergleichsweise niedrigeren Honorare für externe Gutachten und der geringeren Entlohnung hauseigener Ärzte schlechtere Konkurrenzbedingungen gegenüber anderen Reha-Trägern. Man habe schon interne Maßnahmen zur Entlastung ergriffen. Nicht ganz überzeugt, entließen die Beiratsmitglieder die Gäste mit dem Versprechen, weiter ein wachsames Auge auf die Arbeit des Versorgungsamtes zu haben und sie gegebenenfalls wieder vor den Landesbeirat zu laden.

Zu den Pflegestützpunkten, die es seit anderthalb Jahren in Berlin gibt, hatte der Landesbeirat eine skeptische Hal-

tung, denn das negative Beispiel der Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation ließ befürchten, dass auch hier neue, parallele und konkurrierende Beratungsstrukturen aufgebaut würden, die kaum jemand in Anspruch nehmen will. Doch welche Überraschung: Die mittlerweile 26 bestehenden Pflegestützpunkte werden von der Bevölkerung angenommen. Die Rede war von 100 bis 600 Ratsuchenden in jedem Monat. Positiv wirkt sich aus, dass mit den ehemaligen Koordinierungsstellen rund ums Alter die kommunalen Pflegestützpunkte bereits eingeführt waren und sind. Mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft wächst sich die Pflegebedürftigkeit zu einem gesellschaftlichen Problem aus, das nach einem adäquaten Beratungsangebot ruft. Unsere Gäste, Frau von Lersner-Wolf von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und Frau Gorny von der AOK Nordost, konnten überzeugend von den Leistungen der Pflegestützpunkte berichten, auch davon, dass nach und nach Kontakte zu den Beratungsstrukturen der Selbsthilforganisationen hergestellt werden. Hinsichtlich der Vorstellungen von Barrierefreiheit der Stützpunkte scheint es allerdings noch einige Unklarheiten zu geben. Abgerundet wurde der relativ gute Eindruck von der Auskunft der Vertreterinnen des Beirats in den Kontrollgremien der Pflegestützpunkte, dass ihre Meinung dort voll respektiert werde. In seinem obligatorischen Bericht konnte der Landesbeauftragte, Dr. Schneider, berichten, dass es in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich und der Leitung der Senatssozialverwaltung gelungen sei, im Entwurf des neuen Hochschulgesetzes die gesetzliche Verankerung

der Behindertenbeauftragten an den Hochschulen durchzusetzen.

Beim Gaststättengesetz gehen die Anstrengungen immer noch dahin, bei der Neueröffnung von Gaststätten die Barrierefreiheit zwingend vorzuschreiben. In einem Streitgespräch mit dem Berliner Landeskonservator, Prof. Haspe, wurde Konsens darüber erzielt, dass nicht jeder Nutzungszweck für jedes Baudenkmal geeignet ist, wenn die Barrierefreiheit nicht hergestellt werden kann.

Vor Dr. Schneider liegt als aktuelle Aufgabe, den Verstöße- und Tätigkeitsbericht anzufertigen. Als Verstöße wolle er – im Zusammenhang mit notwendigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Kontext mit dem Artikel 11 der Verfassung von Berlin – den Regelungsbedarf aus der Problematik der Grimm-Bibliothek für die Berliner Bauordnung, den Rundfunkänderungsstaatsvertrag und das Gesamtkonzept „Inklusive Bildung“ behandeln. Schwerpunkte seines Tätigkeitsberichts sollen u. a. die Arbeit einer Architektengruppe sein, die als Sachverständige für Barrierefreiheit Vorschläge für eine Novellierung der Bauordnung vorbereitet, sowie das Konzept der Sozialraumorientierung von Einrichtungen für behinderte Menschen sein. Ein entsprechendes Projekt sei gerade von der Türkischen Frauenvereinigung BETAK e. V. mit der für April vorgesehenen Eröffnung einer Anlauf- und Begegnungsstelle in Räumlichkeiten des Werkstattträgers USE in der Kreuzberger Oranienstraße gestartet worden. Positiv vermerkten die Beiratsmitglieder, dass die Regionalagentur für Arbeit ihren Beitrag dazu leisten will.

Der Landesbeirat bestätigte einstimmig eine Stellungnahme zum Zwischenbe-

richt des Senats an das Abgeordnetenhaus zur Umsetzung der UN-Konvention, die auf Beschluss der letzten Sitzung von den Delegierten in der interministeriellen Facharbeitsgruppe und den Vorsitzenden des Beirats einschließlich des Landesbeauftragten erarbeitet worden war. Sie ist nachzulesen unter <http://www.berlin.de/lb/behi-beirat/berichtearchiv/>. Keinesfalls bedeutet sie das letzte Wort in dieser Sache. Auch zum Aktions-/Maßnahmenplan, der bis Mitte Juni vorzulegen ist, wird sich der Landesbeirat artikulieren.

Zum TOP „Verschiedenes“ wurden zwei Beschlüsse gefasst. Der eine richtet sich

gegen die gravierenden Mängel beim Sonderfahrdienst für behinderte Menschen, der zweite bezieht Stellung zum Gesamtkonzept „Inklusive Bildung“ des Senats. Auch diese Beschlüsse können im Internet nachgelesen werden.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass der Vorsitzende während der Protokoll- und Beschlusskontrolle die flinke Arbeit des „Blitz“-Berichterstatters Rainer Sanner sowie die Anstrengung der Redaktion der Berliner Behinderten-Zeitung ausdrücklich lobte, die es noch ermöglicht hatte, den Bericht von der Januarsitzung schon in ihrer Februarausgabe zu platzieren.

LANDESBEIRAT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG III

Informationen von der sechsten Sitzung der 3. Amtsperiode.

4. Mai 2011, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

In seinem aktuellen Bericht ging der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Herr Dr. Schneider, zunächst auf das neue Hochschulgesetz ein, über das voraussichtlich noch im Monat Mai entschieden werden sollte. Bei der bestehenden Problemgruppenkonkurrenz sei Engagement gefordert, um Studierenden mit Behinderung Priorität zu verschaffen.

Das Verfahren zum neuen Berliner Gaststättengesetz sei ausgesetzt worden. Die Forderung, keine neuen Gaststätten mit Barrieren zuzulassen, müsse also bei einem Neustart in der nächsten Legislaturperiode durchzusetzen versucht werden.

Ein Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Konvention in Berlin soll im Juni dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Dr. Schneider

mag noch kein endgültiges Urteil zu dem gegenwärtig vorliegenden Entwurf abgeben, da das Ergebnis des Mitzeichnungsverfahrens noch nicht vorliegt.

Mit seinem Verstöße- und Tätigkeitsbericht beabsichtigt Dr. Schneider nicht, kleine Verstöße auf Landes- und Bezirksebene aufzulisten, sondern er will über Themenschwerpunkte die Verbindung zwischen Artikel 11 der Verfassung von Berlin und der UN-BRK verdeutlichen. Er weist darauf hin, dass Berlin mit den Leitlinien zum Ausbau als behindertengerechte Stadt und dem Gesetz zu Artikel 11 der Verfassung von Berlin bereits in den 1990er-Jahren Grundsatzdokumente geschaffen hatte, die mit der UN-Behindertenrechtskonvention eine neue Qualität gewinnen. Thema des Verstößeberichts wird die

gegenwärtige Verweigerungshaltung des Berliner Senats im Hinblick auf die Berliner Bauordnung, das inklusive Schulkonzept und den Rundfunkänderungsstaatsvertrag sein. Im Tätigkeitsbericht wird u.a. eine neu gegründete Arbeitsgruppe von Architektinnen bzw. Architekten – Fachleuten für barrierefreies Planen und Bauen – herausgestellt. Sie erarbeitet gegenwärtig einen Entwurf für die Novellierung der Berliner Bauordnung im Sinne der UN-Konvention. Er soll am 1. Juni 2011 in Dresden in die Beratung der Landesbeauftragten

für Behinderung zur Musterbauordnung eingebracht werden.

Herr Dr. Schneider schloss mit drei Hinweisen: zur nunmehr vom Fahrgastbeirat verabschiedeten Geschäftsordnung, zur von einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Checkliste zur barrierefreien Konzeption und Gestaltung von Ausstellungen sowie zu in letzter Zeit mehrmals von der BVG (ohne Widerspruch vonseiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) geäußerten Willensbekundungen, den ÖPNV in Berlin bis zum Jahre 2020 barrierefrei zu gestalten. Solche Selbst-

Die Sitzungsleitung des Landesbeirats am 12. Januar 2011. Rechts Dörte Gregorschewski, stellvertretende Vorsitzende, in der Mitte der Vorsitzende, Hartwig Eisel. Links Dr. Jürgen Schneider, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung

FOTO: WEINECK



verpflichtungen, die auch Ausfluss der guten Arbeit der beteiligten Arbeitsgruppen seien, sollten seines Erachtens stärker herausgestellt werden.

Als Vorsitzender des Landesbeirats berichtete Hartwig Eisel anschließend, dass ein Entwurf von Wahlprüfsteinen für die kommenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus vorliege. Er habe sich bemüht, diese behinderungsübergreifend, aber auch so konkret wie möglich zu formulieren. In der Diskussion wurde ergänzt, dass auch die Themen Gebärdensprache, Ausbau des Berliner Sonderfahrdienstes und Zukunft der Eingliederungshilfe sowie die Frage nach der Haltung der jeweiligen Partei zum Bau eines würdigen T4-Mahnmals aufgenommen werden sollen.

Am 25. August führt die LV Selbsthilfe um 16.30 Uhr im Roten Rathaus eine Wählerversammlung für Menschen mit Behinderung mit Kandidatinnen bzw. Kandidaten der verschiedenen Parteien durch. Eingeladen sind nicht nur deren sozial- und behindertenpolitischen Sprecher, sondern auch die für Bildung, Bauen, Verkehr und Frauen.

Im Hinblick auf die internen Arbeitsgruppen wie auch die Arbeitsgruppen „Menschen mit Behinderung“ bei den Senatsverwaltungen wurde diskutiert, ob dort nicht immer wieder die Betroffenen deutlich an ihre Grenzen stoßen, da sie als Ehrenamtler nicht über die Ressourcen der Verwaltung verfügen und immer wieder Mühe mit der Menge und der rechtlichen Beurteilung des Materials haben. Dem wurde entgegengehalten, dass sich auch die anwesenden Vertreter der Verwaltung mitunter nicht sehr kundig in den für Menschen mit Behinderung relevanten Fragen zeigten

und dass die Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Verwaltung mit den beteiligten Betroffenen oft subjektiv von den handelnden Personen bestimmt sei. Diskutiert wurde, ob sich die Fachlichkeit von Menschen mit Behinderungen nicht etwa aus den politischen Forderungen ergebe, die sie aus ihrer Betroffenheit heraus formulieren. Ist nicht doch notwendig, über die Beschreibung der Betroffenheit hinaus und aufgrund erworbener Fachlichkeit mit der Verwaltung auf Augenhöhe zu kommen? In vielen Lebensbereichen zeigt sich heute deutlich, dass die in der Diskussion mit der Verwaltung erzielten Erfolge gerade auf der eigenständigen, spezialisierten Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung beruhen. Im Zusammenhang damit wurde auch die Überlegung eingebracht, im Bedarfsfall unbedingt externe Fachleute hinzuzuziehen.

Beschlossen wurde schließlich noch im Landesbeirat eine neue Arbeitsgruppe für „Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund“ einzurichten. Die Entscheidung über einen Antrag der AG „Persönliche Assistenz“, der Landesbeirat solle sich für die Rücknahme eines von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vorgelegten Fragebogens und eines dazugehörigen Leitfadens zur individuellen ambulanten Pflegegesamtplanung aussprechen und ein Verfahren zur Hilfebedarfsermittlung erarbeiten, wurde auf eine spätere Sitzung des Landesbeirats verschoben. Des Weiteren wurde ein Beschluss gefasst, mit dem der Landesbeirat die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales auffordert, ihre Verwaltung solle die Resolution „Umgestellt ≠ abgestellt?!“ der Eltern-/Angehörigenvereine mit unterzeichnen.



Bundestagspräsident Norbert Lammert (Mitte) eröffnet mit der Autorin Valentina Pavlova (neben ihm) die Ausstellung „Garten der Erinnerung“. Im Rollstuhl davor Ilja Seifert, MdB-Die Linke

FOTO: EISEL

GARTEN DER ERINNERUNG

Von Robert Parzer, <http://gedenkort-t4.eu/2011/01/26/garten-der-erinnerung/>

Von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin und der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e. V. gefördert, hat die Künstlerin Valentina Pavlova die Ausstellung entwickelt, die auf Einladung von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Deutschen Bundestag gezeigt wurde.

In der Ausstellung „Garten der Erinnerung“ standen 40 Kinderporträts und 40 blühende Apfelbäume stellvertretend für alle Kinder, die Opfer der NS-„Euthanasie“ wurden. Im Anschluss an die Gedenkstunde anlässlich des Gedenktags an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2011 wurde der Bundestagspräsident mit seinen Gästen von Valentina Pavlova und dem Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten

Juden Europas, Uwe Neumärker, durch die Ausstellung auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes geführt.

Der Wille der Nationalsozialisten, in ihren Augen „lebensunwertes Leben“ auszulöschen, wurde im Deutschen Reich erstmals systematisch mit den „Euthanasie“-Verbrechen 1940/41 umgesetzt. Die Opfer dieses Mordprogramms, später „Aktion T4“ nach dem Sitz der Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4 genannt, waren deutsche und österreichische Frauen, Männer und Kinder, meist mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen.

Am 16. Januar 1940 begannen Verschleppungen in Gasmordanstalten – nach Bernburg, Brandenburg/Havel, Grafeneck, Hadamar, Hartheim und Pirna-Sonnenstein. Über 70.000 Menschen fielen der Aktion zum Opfer, bis sie im Sommer 1941 aufgrund öffentlicher Unruhe gestoppt wurde. Doch der Massenmord von Patienten hatte bereits nach Kriegsbeginn im September 1939 auf dem Gebiet des eroberten Polen begonnen. Und er wurde in Deutschland nach dem „Euthanasiestopp“ durch Überdosen von Medikamenten, Nahrungsentzug oder Vernachlässigung der medizinischen Versorgung fortgesetzt. Hinzu kamen ab Juni 1941 nach dem Angriff auf die Sowjetunion Massenerschießungen im Osten. Die Aktionen hatten eine europaweite Dimension mit mindestens 300.000 Ermordeten. Diese



Eines der wehrlosen Opfer

© V. PAVLOVA

Menschen wurden nicht nur heimtückisch ermordet – sie bekamen keine Gräber und keine Grabsteine. Die in der Ausstellung gezeigten Fotografien stehen beispielhaft für etwa 10.000 geistig oder körperlich behinderte und sozial benachteiligte Säuglinge und Kinder, die zwischen 1940 und 1945 dem Patientenmord zum Opfer fielen. Die Dokumente entstammen Aktenbeständen der früheren Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bonn, aus der 257 Mädchen und Jungen, darunter die hier gezeigten Kinder, in den Tod abtransportiert wurden.

SIE WAREN DIE ERSTEN OPFER DES MASSENMORDES: BEHINDERTE MENSCHEN

Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes, legten der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, und zahlreiche weitere Persönlichkeiten an der Berliner Tiergartenstraße 4 Kränze zum Gedenken an eine oft vergessene Opfergruppe nieder. Unter der Tarnbezeichnung „T4“ waren ab 1934 mehrere hunderttausend behinderte und psychisch erkrankte Menschen systematisch erfasst und selektiert worden, um sie für „Forschungszwecke“ zu miss-

brauchen, zwangsweise zu sterilisieren und zu ermorden. In der Tiergartenstraße 4 befand sich die koordinierende Zentrale. Heute erinnert eine in die Erde eingelassene metallene Schriftplatte an diese Verbrechen.

An der Kranzniederlegung nahmen teil: die behindertenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen, der Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe Robert Antretter, der Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dr. Jürgen Schneider, der Vorsitzende der Landesvereinigung Selbsthilfe und

Bundesbeauftragter Hubert Hüppe bei seiner Ansprache. Neben ihm (mit Schal) Robert Antretter, Vorsitzender der Bundesvereinigung Lebenshilfe

FOTO: EISEL



des Berliner Landesbeirats für Menschen mit Behinderung, Hartwig Eisel, der Vorsitzende der Lebenshilfe Berlin, Günter Jahn und weitere Vertreter von Organisationen der Menschen mit Behinderung in der Hauptstadt.

Der Bundesbeauftragte Hüppe forderte die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer dieses menschenverachtenden Programms und betonte: „Noch wichtiger ist es, die Geschichte der Ermordung behinderter Menschen im Dritten Reich zu dokumentieren, damit sowohl jüngere wie auch ältere Menschen über dieses Vernichtungsprogramm informiert werden. Eine Informationsstätte sollte nicht nur informieren und erinnern, sondern auch zeigen, wie es dazu kommen konnte und welche Ge-

fahren bestehen, dass so etwas wieder geschehen könnte!“

Auch in Berlin-Buch befindet sich ein Ort des Gedenkens an die Opfer der verbrecherischen „Euthanasie“. Hier befand sich einst das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung, dessen stellvertretender Direktor Hallervorden eine Sammlung mit dreitausend Gehirnen dieser getöteten Menschen aufbaute. Die Berliner Behindertenorganisationen kämpften mit Demonstrationen und Unterschriftensammlungen lange darum, bis dort 1997 ein Mahnmal zum Gedenken an die Ermordeten errichtet wurde – geschaffen von der Bildhauerin Anne-Franziska Schwarzbach. Es stellt ein schutzloses, verstümmeltes Kind dar.

Dr. Rudolf Turber

WICHTIGES HANDBUCH FÜR ABGEORDNETE

Am 24. März 2011 stellten die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, Katja Kipping, und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, die deutsche Übersetzung des **Parlamentarier-Handbuches der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderung** der Presse vor. An der Veranstaltung nahmen auch die behindertenpolitischen Sprecher der Fraktionen teil.

Seit zwei Jahren sind die UN-Konvention und das Fakultativprotokoll auch für Deutschland gültig, dennoch gibt es noch viele Fragen. Der Bundesbehindertenbeauftragte Hüppe betonte einleitend, die Mitglieder des Ausschusses hätten seine Anregung, das nur in englischer Sprache vorliegende Handbuch der UNO und der Interparlamentarischen Union ins Deutsche zu überset-

zen, über alle Fraktionsgrenzen hinweg gut aufgenommen und befürwortet. Teilhabe sei ein Menschenrecht geworden, und es gebe noch viele Barrieren, die überwunden werden müssten. Er verwies auch auf die Tätigkeit der Koordinierungsstelle und den Inklusionsbeirat, dessen Mitglieder mehrheitlich behinderte Menschen sind – benannt vom Deutschen Behindertenrat.

Das UN-Handbuch soll Abgeordnete für Probleme von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren und ihre Sachkenntnis erhöhen. Den Parlamenten und ihren Abgeordneten fällt bei der Umsetzung der Konvention eine Schlüsselrolle zu. So kann das Handbuch mit dazu beitragen, den Umsetzungsprozess sachkundig voran zu bringen. Nicht umsonst ist dieses Ziel schon im Titel ausgedrückt:

„Von der Ausgrenzung zur Gleichbe-



Im Podium bei der Vorstellung des Handbuchs (v. li.): Dr. Ilja Seifert (MdB Linke), Maria Michalk (MdB CDU), Martin Frey (Sekretär des Ausschusses für Arbeit und Soziales), Katja Kipping (MdB Linke, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales), Hubert Hüppe (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen), Gabriele Molitor (MdB FDP)

FOTOS: DR. R. TURBER

rechtigung – Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen“.

Hier zwei Stimmen von behindertenpolitischen Sprechern der Parteien bei der Pressekonferenz:

MdB *Maria Michalk* (CDU/CSU) unterstrich die Bedeutung des Handbuchs, das die Sensibilität gegenüber dem

Thema Behinderung erhöht. Es sei als ein „Schlüssel für die Zukunft“ zu betrachten und beispielgebend auch für die Umsetzung anderer Konventionen. Viele Abgeordnete seien noch zu wenig informiert.

MdB *Dr. Ilja Seifert* (Die Linke): Es sei endlich angekommen, dass Behinder-

Haus Rosemarie Reichwein – Bildungs- und Begegnungsstätte

Barrierefreies Gästehaus für Menschen mit Behinderungen des Spastikerhilfe Berlin e. V. mit 32 Betten und zwei Seminarräumen für bis zu 60 Teilnehmer.

Haus Rosemarie Reichwein des SHB e. V.,
Kranzallee 36, 14055 Berlin

Tel.: 030/25 46 97 52

Fax: 030/25 46 97 53

haus.reichwein@spastikerhilfe.de

www.spastikerhilfe.de

Das Projekt wurde verwirklicht aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und der Aktion Mensch.



tenpolitik auch Menschenrechtspolitik ist. An der Erarbeitung der Konvention hätten auch Menschen mit Behinderung aktiv mitgewirkt. Anfangs hätten die Diplomaten und UN-Beamten in New York einige Probleme mit deren Mitarbeit gehabt; sie konnten nicht so recht damit umgehen.

So ist dem Handbuch für Abgeordnete möglichst große Verbreitung zu wün-

schen, denn an ihm lässt sich die Wirklichkeit in der politischen Umsetzung ganz konkret messen. Es wird auf der Homepage des Ausschusses für Arbeit und Soziales unter www.bundestag.de in digitaler Fassung eingestellt. An der gedruckten Fassung Interessierte können sich auch direkt an den Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales wenden.

Dr. Rudolf Turber

PROMINENTER BESUCH IM KLEISTHAUS ZUR ERÖFFNUNG DER KAMPAGNE „DEUTSCHLAND WIRD INKLUSIV – WIR SIND DABEI!“

Judith E. Heumann, Sonderberaterin für die internationalen Rechte behinderter Menschen im Außenministerium der USA, besuchte Berlin und nahm im Kleisthaus, dem Dienstsitz des Bundesbehindertenbeauftragten Hubert Hüppe, an der Auszeichnung der ersten Projek-

te der „Landkarte der inklusiven Beispiele“ teil. Anlass war der zweite Jahrestag der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2011. Seit Dezember 2010 können sich Verantwortliche für Beispiele eines Miteinanders von Menschen mit und ohne Behinderungen für die „Land-





Judith E. Heumann

karte der inklusiven Beispiele“ bewerben. Aus den mehr als 200 Bewerbern wurden die ersten fünf präsentiert:

- die Technische Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft gGmbH mit ihrem Projekt „barrierefrei kommunizieren!“,
- die StadtImpuls GmbH mit ihrem Projekt „Job-InforM“,
- die Peter-Paul-Rubens-Schule in Tempelhof-Schöneberg,
- Special Olympics Deutschland e. V. mit ihrem Fußballprojekt

Gruppenbild mit Preisträgern. In der Mitte Judith E. Heumann aus den USA, direkt hinter ihr Dr. Jürgen Schneider, Berliner Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, 3. von rechts Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung

FOTOS: DR. R. TURBER

für Menschen mit und ohne Behinderungen,

- und die Kreisau-Initiative Berlin e. V., die einen internationalen Jugendaustausch von Jugendlichen mit und ohne Behinderungen anbietet und gleichzeitig Jugendliche als Organisatoren eines Jugendaustausches trainiert.

Weitere werden folgen. Die Vorschläge wurden vom Inklusionsbeirat, in dem vor allem Menschen mit Behinderungen vertreten sind, geprüft und benannt. Er ist der Mittelpunkt der Koordinierungsstelle zur UN-Behindertenrechtskonvention beim Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen.

Judith E. Heumann erklärte: „Die Landkarte ist ein positives Zeichen für all diejenigen, die sich für Inklusion engagieren, und eine Aufforderung zum Handeln für alle anderen ...“

Hubert Hüppe: „Es ist für mich eine besondere Ehre, Sie bei der heutigen Auszeichnung der ersten inklusiven Beispiele hier im Kleisthaus begrüßen zu dürfen. Sie unterstützen die Menschen in Deutschland, den inklusiven Weg zu gehen ... In Deutschland gibt es auch zwei Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention dringenden Handlungsbedarf für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dies betrifft alle Bereiche von Kindertagesstätten und Schulen bis hin zu Betrieben, Altenheimen und Freizeiteinrichtungen“, betonte er. „Mir ist wichtig, dass behinderte Menschen diese Beispiele selbst ausgewählt haben. Sie sind die Experten in eigener Sache!“

Am Start der Kampagne „Deutschland wird inklusiv – wir sind dabei!“ nahmen über 200 Menschen mit und ohne Be-

hinderungen teil. Sie feierten die Auszeichnung der ersten Beispiele mit einer „Auftaktparty“ im Kleisthaus in Berlin. Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, wird im Rahmen der

Kampagne bis 2013 inklusive Beispiele in ganz Deutschland besuchen. Unter www.inklusionslandkarte.de werden anerkannte beispielhafte Projekte dargestellt.
Dr. Rudolf Turber

DANK FÜR SPENDEN

Die Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. bedankt sich herzlich für folgende Spenden:

5000,00 € von der Sparda-Bank Berlin eG,



65,00 € von Frau Sabine Behringer,

100,00 € von der Fürst Donnersmarck-Stiftung.

Wir versichern den edlen Spendern, dass ihre Zuwendung für den vereinbarten Zweck, zumindest aber für unsere Satzungszwecke verwenden werden.



Für den Vorstand
Hartwig Eisel, Vorsitzender

EINLADUNG

Am 18. September 2011 finden in Berlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt.

Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung, die Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. und die Arbeitsgruppe der Berliner Behindertenverbände und –initiativen haben gemeinsam Wahlprüfsteine für die aktuell im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien erarbeitet. Sie laden herzlich ein zur

Wählerversammlung

am 25. August 2011, 16.30 bis 19.00 Uhr,

im Ferdinand-Friedensburg-Saal des Berliner Rathauses.

Machen Sie von Ihrem demokratischen Recht Gebrauch, die Kandidatinnen und Kandidaten auf ihre Pläne zur Politik von und für Menschen mit Behinderung zu prüfen!

Der Veranstaltungsort ist barrierefrei über den Eingang Jüdenstraße zu erreichen. Für Gebärdens- und Schriftdolmetschung sowie für barrierefreie Hörtechnik wird gesorgt.

BESUCH DER GEDENKSTÄTTE BERLINER MAUER

Auf Einladung der AG „Menschen mit Behinderung“ bei der Senatskanzlei, Abt. Kulturelle Angelegenheiten, wurde am 8. März 2011 die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Garten-/Ecke Bernauer Straße besichtigt. An der Veranstaltung nahmen außer dem zuständigen Vertreter der Senatskanzlei, Herrn Klemke, Vertreter mehrerer Behindertenverbände und des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung, der Landesbeauftragte sowie einige Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung teil.

Bevor es anschließend zu einer Sitzung im Hause kam, führte Dr. Klausmeier, der Vorstand der Gedenkstätte – die Gruppe durchs Gelände und beschrieb



Der blinde Dr. Manfred Schmidt, Ehrenvorsitzender der LV Selbsthilfe Berlin, lässt sich von Dr. Klausmeier den Multi-Media-Guide vorführen



Das Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, von der Bernauer Straße aus gesehen. Links die Gartenstraße

die Einzelheiten. Die Teilnehmer sollten sich von der Barrierefreiheit des weiträumigen Geländes überzeugen, doch Beanstandungen blieben nicht aus. Um zu den Hörstelen mit Schrifftafeln zu gelangen, müssen Rollstuhlfahrer Rasenflächen überqueren. Nach einem Regen wäre dies ziemlich schwierig.

Wie aus den Fotos ersichtlich, befindet sich in der Anlage ein Modell der Berliner Mauer, die das Geländes darstellt und für blinde und sehbehinderte Menschen ertastbar ist. Sie vermissten allerdings Informationstafeln in Brailleschrift. Auch ein Multi-Media-Guide steht den Besuchern zur Verfügung, jedoch müssen hier noch Verbesserungen vorgenommen werden, so dass er neben akustischen Informationen auch solche in Text und in Gebärdensprache wiedergeben kann. Auf das gelungene Beispiel des Multi-Media-Guides vom Tourismusverein Treptow-Köpenick wurde verwiesen. Alle Beanstandungen wurden in einem Protokoll festgehalten. Dr. Klausmeier sagte eine Prüfung zu.



Stelen, die Höhe und Verlauf der Mauer nachbilden. Rechts Dr. Klausmeier

Auf der Sitzung nach dem Rundgang stellte Herr Vogt aus dem Architektenteam von David Chipperfield in einem bebilderten Vortrag das neue geplante

Eingangsgebäude der Museumsinsel (Zugang zum Ägyptischen und Neuen Museum) vor. Die Teilnehmer konnten Kritiken anbringen, wobei es hauptsächlich um die Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrer und Leitmarkierungen für blinde und sehbehinderte Menschen ging.

Nachdem der Plan ausführlich besprochen worden war, kam es zur Vorstellung einer Checkliste AG Barrierefreiheit in Museen, die von Dr. Damaschun, dem amtierenden Generaldirektor des Museums für Naturkunde, vorgetragen wurde. Diese Liste soll alle Behindertengruppen berücksichtigen und einen Leitfaden für Museen und Ausstellungsmacher bilden, wie Ausstellungen möglichst barrierefrei zu gestalten sind.

Text und Fotos: Fritz-Bernd Kneisel

DIE ZUKUNFT DER STATIONÄREN BEHINDERTENHILFE

Anmerkungen zur Podiumsdiskussion in Alt-Schönow am 4. Mai 2011

Dieses Thema hat in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen, weil aktuelle Fragen, die sich aus der landeseinheitlichen Hilfebedarfs-ermittlung im Rahmen der Umstellungsbegutachtung ergeben, große Verunsicherungen bei den Eltern, den Heimbewohnern sowie den leistungserbringenden Heimen auslösen haben.

Der Camphill-Alt-Schönow e. V., also der Trägerverein unserer schönen Einrichtung, hat etwas ganz Neues gewagt und dabei echt gewonnen. Die Podiumsdiskussion war der Auftakt einer Reihe von zukünftigen Veranstaltungen, die zum einen brennende aktuelle Fragen und Probleme beleuchten und zum anderen die Lebensgemeinschaft

Alt-Schönow in der sozialen Landschaft bekannt machen und etablieren sollen. Beides ist für den Anfang gut gelungen. Dabei ganz wesentlich geholfen haben die Menschen auf dem Podium: der Staatssekretär, Herr Rainer Maria Fritsch, Herr Reinald Purmann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin und unser Geschäftsführer, Herr Christian Schmock. Der Moderator war ein echter Glücksgriff: Herr Peter Ruhentrost-Bauer führte freundlich, aber bestimmt durch den Abend.

Zu dem Thema „Die Zukunft der stationären Behindertenhilfe“ hatten sich trotz eines schon langen Arbeitstages im Landesbeirat dessen Vorsitzender Herr Hartwig Eisel, der Geschäftsführer der Lebenshilfe Berlin e. V., Herr Dani-



Das Podium von Alt-Schönow: Christian Schmock (Geschäftsführer der Lebensgemeinschaft Alt-Schönow), Reinald Purmann (Der PARITÄTISCHE Berlin), Staatssekretär Rainer-Maria Fritsch, Moderator Peter Ruhenstroth-Bauer (v. li.). Leider nur aus der rückwärtigen Perspektive zu sehen: Daniel Fischer, Hartwig Eisel, Renate Hoffmann (v. re.)

FOTO: FREUNDKREIS CAMPHILL E. V.

el Fischer, und Frau Renate Hoffmann, 2. Vorsitzende der Spastikerhilfe e. V. eingefunden. Mitglieder der Berliner Verwaltung, Mitglieder unseres befreundeten Elternvereins Interessengemeinschaft zur Förderung behinderter Menschen e. V., engagierte Mitarbeiter von Alt-Schönow, viele Freunde und der Teile unserer Elternschaft, die die Brisanz dieses Themas verstanden haben, füllten den Saal. Die fehlenden Eltern haben etwas versäumt – für sich und zur Verteidigung des Lebensstandards ihrer Söhne und Töchter.

Unsere verehrte Vorsitzende, Frau Erika Schwalbe-Riel, eröffnete und schloss diesen aufklärenden Abend. Und dazwischen fanden Fragen, Antworten und Statements in achtungsvoller Atmosphäre ihre Zuhörer.

Resümee der Veranstaltung: Wir haben der Politik unsere Sorgen vermittelt und miteinander gesprochen, weitere Gespräch sollen folgen. Diese Veranstaltung rundete die beiden großen Versammlungen von Lebenshilfe und Spastikerhilfe im Bockelmann-Haus und im Schöneberger Rathaus sehr gut ab und hat ganz stark verdeutlicht: Die Umstellungsbegutachtung in Heimen hätte mit ihren Auswirkungen vorher mit allen betroffenen Parteien am runden Tisch behandelt werden müssen. Dieses Erkenntnis wurde gewonnen, und hoffentlich finden wir noch eine Lösung, die dem Anspruch unserer Söhne und Töchter auf ein würdiges, inkludiertes Leben erfüllt.

Erika Lange

GEBALLTE ELTERNPOWER ERKÄMPFT ZUGESTÄNDNISSE DER SENATSVERWALTUNG

Mit einer gemeinsamen Erklärung von Elternvereinen und Senatssozialverwaltung hat das Tauziehen im Zusammenhang mit der sogenannten Umstellungsbegutachtung an über 3.000 schwer behinderten Menschen ein positives Ende gefunden.

Ende 2010 hatte die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales den Hilfebedarf aller geistig und körperlich behinderten 3.125 Heimbewohner in Berlin überprüfen und nach neuen Kriterien beurteilen lassen. Die Begutachtungen sind die Grundlage einer neuen einheitlichen Preisgestaltung und damit Personalbemessung in den Wohnheimen der Berliner Behindertenhilfe.

Das neue System benachteiligt Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf. Das wollten die Elternvereine Lebenshilfe Berlin und Spastikerhilfe Berlin nicht hinnehmen und organisierten den Widerstand. Über 1.000 Eltern und gesetzliche Betreuer legten Widerspruch gegen die Bescheide der Sozialämter ein.

In intensiven Verhandlungen zwischen den Elternvereinen und der Senatssozialverwaltung entstand eine gemeinsame Erklärung, mit der beide Seiten leben und arbeiten können. Sie sieht die Fortsetzung des begonnenen Dialogs und eine Beteiligung der Angehörigen

vereine am weiteren Verfahren vor. Beide Seiten sind sich einig, dass das neue Leistungs- und Vergütungssystem einschließlich Begutachtungsverfahren und Leitfaden weiterentwickelt werden muss. Gemeinsam streben sie einen fachlich-inhaltlichen und wissenschaftlich begleiteten Diskurs an. Zur Fortführung des Prozesses und die Planungen für 2012 und 2013 hat die Sozialsenatorin Carola Bluhm bereits eingeladen.

Die Verhandlungen wurden begleitet durch Hartwig Eisel, den Vorsitzenden des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung. „Die Erklärung ist ein gutes Beispiel für eine funktionierende Bürgergesellschaft mit demokratischen Entscheidungsprozessen“, stellt Eisel fest. Der Landesbehindertenbeirat will jetzt die anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zur Anerkennung der Erklärung bewegen, damit der begonnene Prozess unumkehrbar wird – unabhängig davon, welche politische Partei nach den Wahlen die politische Verantwortung für das Ressort Soziales übernimmt.

Neben dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderung sind auch der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dr. Jürgen Schneider, und der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin der „Gemeinsamen Erklärung“ beigetreten.

Christiane Müller-Zurek

Beitrittserklärung des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung, die auf einem Beschluss der 7. Sitzung der 3. Amtsperiode am 22. Juni 2011 beruht

Gemeinsame Erklärung

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Vertreter der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die Angehörigenvereine geben folgende gemeinsame Erklärungen im Sinne einer konstruktiven Fortführung des begonnenen Dialogs zu den Veränderungsprozessen im Bereich der Eingliederungshilfe – insbesondere zum Projekt Heime und den Perspektiven dazu – ab:

1. Die Beteiligten sind sich einig, dass das neue Leistungs- und Vergütungssystem einschließlich des Begutachtungsverfahrens und des Leitfadens weiterentwickelt werden muss.
2. Die Angehörigenvereine werden über die Arbeit der Vertragskommission Soziales, Kommission 75 (Kom75), von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales regelmäßig – mindestens zwei Mal jährlich – informiert. Die unmittelbaren Trägerorganisationen und der jeweilige Verband sehen sich ebenfalls zur regelmäßigen Information verpflichtet. Die Angehörigenvereine erhalten die Möglichkeit, zu wesentlichen Sachverhalten Stellung zu nehmen. Die Einbeziehung zur Stellungnahme wird durch den jeweiligen Ligaverband gewährleistet.
3. Die Beteiligung der Angehörigenvereine an der Weiterentwicklung des neuen Leistungs- und Vergütungssystems einschließlich der Begutachtungsverfahren wird wie folgt sichergestellt:
 - a. Die Angehörigenvereine werden in die Evaluation des Gesamtsystems im 1. Halbjahr 2013 in Form von Information und Stellungnahmemöglichkeit einbezogen.
 - b. Die Angehörigenvereine werden über geplante und anstehende Veränderungen der Leistungsgruppensystematik und deren Auswirkungen informiert.
 - c. Über die mit der Liga verabredete Evaluation der Nachhaltigkeit und Angemessenheit der gefundenen Lösungen hinaus streben die Unterzeichner dieser Erklärung einen fachlich-inhaltlichen, wissenschaftlich begleiteten Diskurs u. a. zu den Themen „Hilfedarfsplanung“ und „Teilhabeplanung“ an.
4. Weitere Angehörigenvereine, der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung und der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung können dieser Erklärung in einfacher Schriftform beitreten.

Berlin, den 22. Juni 2011

gez. Carola Bluhm
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

für den Landesbeirat
für Menschen mit
Behinderung
gez. Hartwig Eisel
Vorsitzender

BARRIEREFREIHEIT BEI AUDIOVISUELLEN MEDIEN. EIN NEUER WEG

Die Ausgangssituation

Die Nutzung audiovisueller Medien nimmt einen immer größeren Teil unseres Alltags ein. Im Jahr 2008 sahen die 14- bis 69-Jährigen in Deutschland durchschnittlich 226 Minuten pro Tag fern und 66 % der Haushalte verfügten über einen Breitbandinternetanschluss. Die Medienaffinität zieht sich mittlerweile durch sämtliche Alters- und Bevölkerungsschichten. Dem stehen alleine in Deutschland ca. 20 Millionen Hörgeschädigte und Senioren gegenüber. Ihre Zahl nimmt aufgrund des demografischen Wandels sowie durch die stärkere Belastung des Gehörs stetig zu, z. B. durch den allgemein steigenden Lärmpegel der modernen Industriegesellschaft oder vermehrte zu laute Nutzung von MP3-Playern.

Hörgeschädigte Menschen und Senioren sind in ihren Möglichkeiten, audiovisuelle Medien von Fernsehen bis Internet zu nutzen, eingeschränkt oder sogar ganz von deren Gebrauch ausgeschlossen. Das zentrale Problem besteht hierbei in der mangelnden Sprachverständlichkeit. Bei den Sendeanstalten wie auch in Internetforen gehen immer wieder entsprechende Beschwerden ein. Die bisherigen Ansätze zur Lösung des Problems sind Untertitel oder die Einblendung von Gebärdensprach-Fenstern.

Dies führt jedoch häufig nicht zu befriedigenden Ergebnissen, da z. B. ältere Nutzer oftmals zusätzlich eine Seh-

schwäche aufweisen, die gleichzeitiges Lesen und Bildrezeption erschwert. Das aktuelle Angebot audiovisueller Medien wird demnach den Bedürfnissen von über 20 % der deutschen Bevölkerung nicht gerecht. Es handelt sich also um ein Problem mit erheblicher gesellschaftlicher Tragweite, das sich in der Zukunft auf Grund der oben genannten Faktoren weiter verschärfen wird.

EASY LISTEN: Die Tonspur mit mehr Sprachverständlichkeit

Easy Listen ist eine eigene Tonspur für Senioren und Hörgeschädigte. Sie ist das Pendant zu Hörfilmen für Blinde, die mittlerweile einen festen Platz im Fernsehen und auf DVDs haben. Die Dipl.-Tonmeister Ginetta Fassio und Christian Simon haben in ihrer Forschungsarbeit an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg (HFF) den Ansatz entwickelt, audiovisuelle Medien in der Herstellung, das heißt z. B. bei den TV-Sendeanstalten, zu optimieren. Diese Arbeit wird nun im Rahmen eines Forschungstransferprojektes mit einem größeren Team fortgeführt. Durch Anpassung an die Signalverarbeitungsprozesse der digitalen Hörgerätetechnik wird die Sprachverständlichkeit verbessert; das Klangbild wird an die veränderte Wahrnehmung der Zielgruppe angepasst.

Das bearbeitete Audiomaterial kann – vergleichbar mit Hörfilmen für Blinde oder fremdsprachigen Tonfassungen – als alternative Tonspur auf DVDs, Blu-ray Discs, im Radio, Fernsehen oder im Internet angeboten werden. Es ist keine zusätzliche Technik beim Endverbrau-





Zum Easy Listen-Team gehören Dipl.-Tonmeisterin Ginetta Fassio und Dipl.-Tonmeister Christian Simon

cher notwendig. Bereits vorhandene Hilfsmittel wie Induktionsschleifen können bei Bedarf problemlos weiterhin genutzt werden. Ebenso ist Easy Listen mit Normal-Hörenden kompatibel. Das gemeinsame Fernsehen mit der Familie bleibt somit möglich.

In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für digitale Medientechnologie Oldenburg wurden 2010 Hörversuche mit altersschwerhörigen Probanden durchgeführt, welche die Wirksamkeit eindeutig belegen. Das Ziel ist die Entwicklung eines neuen Audiostandards, um die soziale Teilhabe von Senioren und Hörgeschädigten an audiovisuellen Medien zu ermöglichen. Easy Listen ist dabei kein Ersatz für Untertitel, sondern eine Ergänzung. Eine eigene Tonspur, die auf die Bedürfnisse dieser

Bevölkerungsgruppen optimiert ist, stellt dabei einen großen Schritt in Richtung wirklicher Barrierefreiheit dar. Dies widerspiegelt sich auch in den Forderungen der Interessenverbände. In einem gemeinsamen Forderungskatalog des Deutschen Schwerhörigenbundes e. V. (DSB), der Deutschen Gesellschaft der Hörgeschädigten e. V. und des Deutschen Gehörlosen-Bundes e. V. wird unter anderem eine eigene Tonspur für Hörgeschädigte gefordert. Genau das bietet Easy Listen.

Netzwerk und Zeitplanung

Um eine Verbesserung der Barrierefreiheit bei audiovisuellen Medien zu erreichen und eine eigene Tonspur für Hörgeschädigte zu etablieren, benötigt man ein starkes Netzwerk. Neben dem Gründernetzwerk Media Exist, welches das Easy-Listen-Team unterstützt, arbeiten wir eng mit den Interessenverbänden wie dem DSB, SVB und dem Sozialwerk der Hörgeschädigten Berlin e. V. als Träger des HörBIZ zusammen. Weiterhin können wir den Sozialverband Deutschland e. V. und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO) zu unseren Unterstützern zählen. Als Forschungspartner stehen uns neben unserem Institut an der HFF das Fraunhofer-Institut Oldenburg sowie die Gers Hörakustik GmbH zur Seite. Ebenso arbeitet Easy Listen mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) als Partner in der Fernsehbranche und mit Taubenschlag.de, dem größten Internetportal für Hörgeschädigte, zusammen.

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) beabsichtigt, einen Spielfilm mit Easy-Listen-Tonfassung zu Testzwecken auszustrahlen. Zuschauer und Verbände

sollen damit die Chance erhalten, sich selbst ein Bild (einen Ton?) von Easy Listen zu machen, und sind aufgerufen, dem WDR ihre Eindrücke zu melden. Auf der Basis dieser Rückmeldung möchte der WDR entscheiden, ob er Easy Listen in sein Programmportfolio aufnimmt. Der genaue Sendetermin wird noch bekannt gegeben.

Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit den Interessenverbänden und Organisationen weiter auszubauen, um auf der einen Seite unser Angebot optimal auf die Bedürfnisse der Betroffenen anzupassen und auf der anderen Seite gemeinsam mit starken Partnern an der Einführung von Easy Listen zu arbeiten. Easy Listen führt zurzeit eine Umfrage zur Barrierefreiheit audiovisueller Medien und deren Verbesserungsmöglichkeiten durch. Wir würden uns sehr freuen, wenn auch Sie sich 5 Minuten Zeit nehmen würden, um den Fragebogen auszufüllen. Dieser ist unter folgendem Link zu erreichen: <https://www.soscisurvey.de/easy-listen>. Sollten Sie nicht

über einen Internetanschluss verfügen, können Sie sich auch direkt an uns oder an das HörBIZ wenden. Wir würden die Umfrage auch telefonisch durchführen. Zu Beginn des Jahres 2012 wird die Einführung von Easy Listen im Fernsehen sowie im Heimvideomarkt angestrebt. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Wir freuen uns daher über jede Form der Unterstützung. Sollten Sie Fragen bezüglich Easy Listen haben oder Interesse an unserem Vorhaben zeigen, stehen wir Ihnen gern unter den unten angeführten Kontaktdaten zur Verfügung.
Ihr Easy Listen-Team



Ansprechpartnerin: Ginetta Fassio, Easy Listen, Oldenburger Str.8, 10551 Berlin, Tel.: 030/53 16 88 27, E-Mail: ginetta.fassio@easy-listen.de

Marion Petznick Mein Leben lang nierenkrank Ein Mut-mach-Buch

Acabus Verlag Hamburg 2010

Buch-ISBN: 978-3-941404-62-5

Ebook-ISBN: 978-3-941404-63-2

Buch-VP: 13,90 EUR

Ebook-VP: 7,90 EUR

248 Seiten

Paperback

14 x 20,5 cm

Die Autorin ist Vorsitzende des LV-Selbsthilfe-Mitgliederversands HDP – Heim Dialyse Patienten e. V.



MEHR ALS EINE REZEPTSAMMLUNG ...

Mit Jahresbeginn nehmen sich viele Menschen, die mit ihrem Gewicht unzufrieden sind, ernsthaft vor, endlich (oder wieder einmal ganz bestimmt) abzunehmen. Mit den wärmenden Sonnenstrahlen schmilzt aber nicht nur das Eis, auch die guten Vorsätze schwinden zumeist dahin. Die Ratgeberliteratur zu diesem Thema ist unermesslich. Jetzt hat die Ökotrophologin (Ernährungswissenschaftlerin) Astrid Schober ein kleines Werk vorgelegt, das sehr hilfreich sein könnte, wenn der Betroffene in seinem Willen unbeugsam bleibt. Sie geht der Tatsache aus, dass in der heutigen Zeit viele Menschen unter Stress leiden – und gestresste Leute (mir geht es auch so) – haben oft nagenden Hunger. Irgendwie giert der Organismus dann nach Essen. Offenbar vermittelt er unserem Unterbewusstsein, damit bekomme man mehr Kraft, um mit Belastungen und Depressionen besser fertig zu werden. Auf diese Weise erläutert die Autorin, wie Stresshormone dick machen, sie zeigt Abläufe bei Stressbelastung in unserem Körper auf und erklärt Wege aus der „Stressfalle“. Weiterhin gibt sie nützliche Tipps zum eigenen Verhalten und warnt vor zu hohen Erwartungen. Ausgesprochen nützlich erscheinen



auch die im letzten Drittel des Buches angebotenen Hinweise zur Wochenplanung und Rezepte für kleine, schnelle Gerichte gegen den Heißhunger, der gestresste Menschen so oft befällt.

Dr. Rudolf Turber

Astrid Schober, Nie mehr Stress-Esser. Heißhunger zähmen, einfach schlank werden, Schlütersche, Hannover 2011, 16,95 €, 176 S., zahlreiche Fotos, ISBN 978-3-89993-599-8

SCHMERZHAFTE BEWEGUNGEN

Mit fortschreitendem Alter machen sich bei vielen Leuten die Gelenke schmerzhaft bemerkbar. Sie verschleißeln im Laufe des Lebens. Arthrosen gehören zu den fünf häufigsten Erkrankungen. Auch beim vielfältigen Bild rheumatischer Erkrankungen nehmen degenerative und entzündliche Gelenkerkrankungen vordere Plätze ein. Hohe volkswirtschaftli-

che Verluste entstehen infolge dadurch bedingter Arbeitsausfälle. „Mehr als ein Viertel der Bevölkerung ist wegen derartiger Beschwerden dauerhaft in ärztlicher Behandlung ...“ schreibt der Autor Uwe Rückert, stellvertretender Chefarzt in der Reha-Klinik Damp.

In dem handlichen Buch vermittelt er anschaulich Wissen: wie ein Gelenk

überhaupt funktioniert, welche Rolle Knorpel und Gelenkschmiere spielen und was jeder tun kann, um Erkrankungen und Abnutzungserscheinungen der Gelenke entgegenzuwirken.

Der kleine Ratgeber ist für einen breiten Leserkreis geschrieben und gut und anschaulich illustriert. Geschildert werden die Untersuchungs- und Heilmethoden, und es werden Hinweise zur richtigen Ernährung und körperlichen Belastung gegeben. Damit verbunden sind brauchbare Ratschläge zur Selbsthilfe. Gesamturteil: Ein Buch aus der Praxis, das zum richtigen Verhalten anregt und Hilfe bringen kann.

Vom gleichen Autor, der an der Akademie in Damp auch als wissenschaftlicher Leiter der Rückenschullehrer-Ausbildung tätig ist, erschien auch „Rückerts kleine Rückenschule“.

Der Mann weiß, wovon er schreibt!

Dr. Rudolf Turber

Uwe Rückert, Rückerts kleine Gelenkschule. Die besten Experten-Tipps für



gesunde Gelenke, Schlütersche, humboldt, Hannover 2011, 9,95 €, 150 S., 4 Grafiken und 30 Farbfotos, ISBN 978-86910-324-2

NICHT NUR FÜR GOURMETS

Dem Vorurteil, dass ein Essen ohne Fleisch keinen richtigen Genuss bringen kann, begegnet der ausgebildete Gesundheitsberater und Meisterkoch Udo Eickenel mit seinen „Vegetarischen Verführungen“. Eigentlich wollte er Rockstar werden, aber dann wurde er Chefkoch im legendären Bio-Restaurant „Abendmahl“ in Berlin und Dozent für vitalstoffreiche Vollwerternährung. Seine Erfahrungen legt er in einem großartigen Buch dar, das nicht nur Rezepte offeriert, sondern auch erläutert,



was eigentlich „Bio“ und vollwertige Ernährung sind, und Tipps für gesunde Ernährung gibt..

Es „ist ein Kochbuch für all jene, die Ernährung mit einer ganzheitlichen, nachhaltigen Lebensweise verbinden und dennoch auf Ästhetik und Genuss nicht verzichten möchten, und echte Qualität muss nicht zwangsläufig mit viel Aufwand verbunden sein.“ Angeboten werden Rezepte über die ganze Kochpalette hin: Vorspeisen, Suppen, Salate, Hauptgerichte, Desserts und Frühstücksversionen – und das alles garniert mit wunderbaren großformatigen Fotos, die einem schon das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen und

dazu verführen, es selber auszuprobieren.

Mir scheint, dieses Buch könnte auch ein gutes Geschenk für Nicht-Vegetarier sein und zum Nachdenken anregen.

Dr. Rudolf Turber

Udo Einenkel, Vegetarische Verführungen. Das vegetarische Biokochbuch für Genießer. Fantasiervolle Rezepte aus frischen Bioprodukten – überraschend inszeniert und brillant fotografiert. Salate, Suppen, Vorspeisen, Gemüse, Pasta, Desserts, Frühstücksversionen und mehr, blv, München 2011, 24,95 €, 220 S., 20 Farbfotos, ISBN 978-3-8354-0765-7

EIN AKTUELLES THEMA: ZWEIERLEI MASS?

Das Wort „sexueller Missbrauch“ wirke verharmlosend, es verschleierte die Gewalt, denen die Opfer ausgeliefert sind und waren, erklärt Manfred Kappeler. Er ist Sozialpädagoge und Heimerzieher sowie Mitglied der Expertenkommission zur sexuellen Gewalt in pädagogischen Einrichtungen, die 2010 vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gebildet wurde. Jetzt legte er einen Bericht vor, mit dem er sich mit solchen Erscheinungen in kirchlichen Heimen ebenso auseinandersetzt wie mit vergleichbaren in reformpädagogisch orientierten Landerziehungsheimen und Internatsschulen. Auch das Thema der Jugendfürsorge und der Heime für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen berührt Kappeler, zeigte sich doch, dass diese Kinder und Jugendlichen sexualisierter und sexueller Gewalt durch „betreuende“ Erwachsene besonders schutzlos ausgesetzt waren. Auch heute betrachtet unsere Gesellschaft



noch vielfach die Sexualität behinderter Menschen generell als „Problem“. Auch wenn sich in den letzten Jahren ein ge-

wisser Wandel in den Anschauungen vollzogen haben mag, bleibt noch manches offen.

Kappeler schreibt u. a.: „Die in den Heimen der Jugendfürsorge und der Behindertenhilfe ausgeübte sexuelle bzw. sexualisierte Gewalt war Teil eines umfassenden Gewaltsystems einer Totalen Institution, in der Erziehung und Pflege einen durch und durch gewaltmäßigen Charakter hatten. Die Macht der Erwachsenen, diese autoritäre Binnenstruktur des Heimes, ihre Disziplin und Ordnung gegen die Kinder und Jugendlichen durchzusetzen, war praktisch unbegrenzt ...“

Der Autor verweist auch auf zweierlei Maß bei der Sicht auf die Gewaltopfer: Während die in Internatsschulen verübte sexuelle Gewalt die Bundesregierung veranlasste, umgehend öffentlich Stellung zu nehmen und einen hochkarätig besetzten Runden Tisch einzurichten, an dem man über Entschädigungszahlungen und Verjährungsfristen diskutierte, wurden die von ehemaligen Heimkindern seit Jahren erhobenen gleichlautenden Forderungen im Januar 2010 von Vertretern der Bundesregierung und den Länderregierungen als „nicht realisierbar“ zurückgewiesen.

Übrigens ist keiner der in den Aufdeckungen sexueller Gewalt in Internaten und Heimen namhaft gemachten Täter je verurteilt worden; die wenigen Ermittlungsverfahren wurden wegen „Verjährung“ oder wegen „Geringfügigkeit“ schon vor ihrer Eröffnung eingestellt.

Dr. Rudolf Turber

Manfred Kappeler, Anvertraut und ausgeliefert. Sexuelle Gewalt in pädagogischen Einrichtungen, nicolai Verlag, Berlin 2011, 19,95 €, 272 S., ISBN 978-3-89479-626-6

Aktueller Nachtrag zur Veröffentlichung:

Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, wies kürzlich bei Diskussionen zum Abschluss des Runden Tisches Heimerziehung darauf hin, dass die Anliegen behinderter Heimopfer gleichberechtigt aufzugreifen sind. Bereits im Frühjahr des letzten Jahres hatte er sich deshalb an den Runden Tisch gewandt und die Forderungen behinderter Heimopfer auf Beteiligung unterstützt. Damals wurde ihm mitgeteilt, man wolle sich auf die Aufarbeitung von erlittenem Unrecht und Leid im Bereich der Jugendhilfe (!) beschränken.

Hüppe erneuerte jetzt seine Forderung: *„Aufgrund ihrer Behinderung waren die Kinder und Jugendlichen sogar häufig in besonderem Maße ihren damaligen Peinigern ausgeliefert ... Nachdem die Vorschläge nun vorliegen, müssen Gespräche aller für Heime der >Behindertenhilfe< und Pflege Verantwortlichen stattfinden, um eine Aufarbeitung des erlittenen Unrechts und eine Entschädigung behinderter Heimopfer zügig voranzutreiben.“* Er wandte sich deshalb an unterschiedliche Beteiligte von Bund, Ländern und Kommunen sowie an Heimträger und die Kirchen. *„Ich hoffe, dass die Beteiligten die Initiative aufgreifen. Die behinderten Heimopfer können nicht länger warten“,* so Hüppe. *„Das Schicksal behinderter Kinder und Jugendlicher in Heimen ... muss genauso Beachtung finden, wie dies ... bei anderen Heimopfern der Fall gewesen ist!“* In Heimen der „Behindertenhilfe“ und Pflege in den 1950er- und 1960er-Jahren erlittenes Unrecht an behinderten Kindern und Jugendlichen müsse aufgeklärt, die Verantwortlichen müssten benannt und die Opfer entschädigt werden.

R. T.

**Vorstand der Landesvereinigung
Selbsthilfe Berlin e. V.:**

Vorsitzender:

Hartwig Eisel

Stellvertretender Vorsitzender:

Ingo Schellberg

Schatzmeister:

Jens M. Christ

Weitere Vorstandsmitglieder:

Margret Dontsch-Lange

Daniel Fischer

Andreas Ivangean

Andreas Kuhnert

Auf Anforderung erhalten Sie in der Geschäftsstelle kostenlos unsere Broschüre „Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. Mitgliedsvereine“.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V., Littenstr. 108, 10179 Berlin
Tel.: 030/27 59 25 25
E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de

Auch Ihre Geldspende ist willkommen!

Unsere Bankverbindung lautet:

Kto.-Nr.: 3101 800

BLZ: 100 205 00

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Wir danken Ihnen für die Unterstützung unserer Arbeit.

**FLAGGSCHIFF der Selbsthilfe
Berlin, Heft 1/2011, Juli 2011**

Die Zeitschrift erscheint in aller Regel jedes Vierteljahr. Ihr Bezug ist kostenfrei. Die Verteilung wird nach Maßgabe des Herausgebers vorgenommen. Weitere Exemplare können in der Geschäftsstelle angefordert werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge repräsentieren nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers und der Redaktion.

Einsendeschluss für Beiträge im nächsten Heft ist der 1. August 2011.

Herausgeber:

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e. V. (LV Selbsthilfe Berlin),
Hartwig Eisel, V. i. S. d. P.

Redaktion und Layout: Hartwig Eisel

Korrespondierendes Redaktionsmitglied: Dr. Rudolf Turber

Layoutkonzept: Maik Haase

Fotos Deckblatt: Kneisel, Turber, Eisel, Weineck

Druck: OKTOBERDRUCK AG,
Rudolfstr. 1–8, 10245 Berlin

Mit freundlicher Unterstützung der



Berlin-Brandenburg

Mitglieder der LV Selbsthilfe Berlin

ACHSE e. V. (Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen) • Allgemeiner Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin gegr. 1874 e. V. (ABSv) • Alzheimer Angehörigen-Initiative e. V. (AAI) • Angeborene-Bindegewebs-Erkrankungen e. V. • ANUAS e. V. – Hilfsorganisation für Gewaltopfer und Angehörige von Mord-, Tötungs-, Suizid- und Vermisstenopfern • Aphasie Landesverband Berlin e. V. (ALB) • Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e. V. (ASL) • Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und/oder Hydrocephalus e. V. (ASbH) • Arbeitskreis Kunstfehler in der Geburtshilfe e. V. • Autismus Deutschland Vereinigung zur Förderung von Menschen mit Autismus Landesverband Berlin e. V. • Bastille - Gemeinsam sind wir stark e. V. • Berliner Leberring e. V. • bipolaris – Manie & Depression Selbsthilfevereinigung Berlin-Brandenburg e. V. • Björn Schulz Stiftung • Borreliose Selbsthilfe e. V. Berlin-Brandenburg • Bund zur Förderung Sehbehinderter (BFS) Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. • Bundesselbsthilfeverband Kleinwüchsiger Menschen e. V. Landesverband Brandenburg/Berlin • Bundesverband Kleinwüchsige Menschen und ihre Familien e. V. LV Berlin/Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern • Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. • Congerianverband Berlin/Brandenburg e. V. • Deutsche Ehlers-Danlos-Initiative e. V. Landesverband Berlin • Deutsche Fibromyalgie-Vereinigung e. V. • Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e. V. (DGM) Landesverband Berlin • Deutsche ILCO Landesverband Berlin/Brandenburg e. V. • Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV e. V.) Landesverband Berlin/Brandenburg • Deutsche Narkolepsie-Gesellschaft e. V. Selbsthilfegruppe Berlin/Brandenburg • Deutsche Parkinson Vereinigung e. V. • Deutsche Rheuma-Liga Berlin e. V. • Deutsche Sarkoidose-Vereinigung gemeinnütziger e. V. • Deutscher Diabetiker Bund Landesverband Berlin e. V. • Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V. (DVBS) Bezirksgruppe Berlin/Brandenburg • dignitas Deutsche Interessengemeinschaft für Verkehrsunfallopfer e. V. Regionalgruppe Berlin-Brandenburg • Ehlers-Danlos-Selbsthilfe e. V. Landesvertretung Berlin und neue Bundesländer • Elternzentrum Berlin e. V. Autismus und andere tiefgreifende Entwicklungsstörungen • Fatigatio e. V. Bundesverband Chronisches Erschöpfungssyndrom (CFS/CFIDS/ME) • Fördergemeinschaft für Taubblinde e. V. • Freundeskreis Camphill e. V. Arbeitsgruppe Alt-Schönow • GBS-Gesprächskreis Berlin und Umgebung. GBS-Initiative e. V. • Gehörlosenverband Berlin e. V. • Gesellschaft für Osteogenesis Imperfecta Betroffene e. V. Landesverband Ost • HDP – Heim Dialyse Patienten e. V. • HFI e. V. Selbsthilfe-Initiative Kreislauf und Stoffwechsel Regionalverband Berlin-Brandenburg • Interessengemeinschaft Epidermolysis bullosa e. V. (Debra Deutschland, IEB debra) • Interessengemeinschaft zur Förderung behinderter Menschen e. V. • Kinder Pflege Netzwerk e. V. • Landesselbsthilfeverband Brandenburg/Berlin für Osteoporose e. V. • Landesselbsthilfeverband Schlaganfall- und Aphasiebetroffener und gleichartig Behinderter Berlin e. V. • Landesverband der Berliner AIDS-Selbsthilfegruppen e. V. (LaBAS) • Landesverband Epilepsie Berlin e. V. • Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie Berlin e. V. • Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V. Landesverband Berlin • Lebertransplantierte Deutschland e. V. • mamazone Frauen und Forschung gegen Brustkrebs e. V. • Marfan Hilfe (Deutschland) e. V. • Movemus e. V. • Multiple Sklerose Selbsthilfe e. V. • Ohne Schilddrüse leben e. V. • Onkologisches Patientenseminar Berlin-Brandenburg e. V. • Pro Retina Deutschland e. V. Selbsthilfevereinigung von Menschen mit Netzhautdegenerationen • ProRemus e. V. Elterninitiative für Kinder und Jugendliche mit Spina bifida und Muskelkrankheiten • Schwerhörigen-Verein Berlin e. V. • Selbsthilfe-Bund Blasenkrebs e. V. • Selbsthilfeverein der Kehlkopfoperierten Berlin und Umland Landesverband Berlin e. V. • Silberstreif Krisendienste für Frauen e. V. • Spastikerhilfe Berlin e. V. (SHB) • Stotterer-Selbsthilfe Berlin e. V. • Verein für angeborene Stoffwechselerkrankungen e. V. (VfASS)

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.
(LV Selbsthilfe Berlin)
Littenstr. 108
10179 Berlin
Telefon: 030/ 27 59 25 25
Telefax: 030/ 27 59 25 26
E-Mail: info@lv-selbsthilfe-berlin.de
Internet: www.lv-selbsthilfe-berlin.de

Mitglied der
BAG SELBSTHILFE